

**Geschäftsordnung der Gemeindevertretung
der Gemeinde Birkenwerder**
vom 29. Januar 2009

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Birkenwerder hat in ihrer Sitzung am 29. Januar 2009 folgende Geschäftsordnung beschlossen:

Rechtsgrundlagen:

- § 28 Abs. 2 Nr. 2 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl.I/07, [Nr. 19], S. 286)

Inhaltsverzeichnis:

Erster Abschnitt: Gemeindevertreter und Fraktionen

- § 1 Rechte und Pflichten der Gemeindevertreter
- § 2 Arbeitsunterlagen
- § 3 Fraktionen

Zweiter Abschnitt: Vorsitz der Gemeindevertretung

- § 4 Wahl des Vorsitzenden und der Stellvertreter
- § 5 Aufgaben des Vorsitzenden
- § 6 Stellvertreter des Vorsitzenden

Dritter Abschnitt: Sitzungen der Gemeindevertretung

- § 7 Konstituierende Sitzung
- § 8 Einberufung der Gemeindevertretung
- § 9 Tagesordnung der Gemeindevertretung
- § 10 Anträge zur Erweiterung der Tagesordnung und Änderungsanträge
- § 11 Öffentlichkeit der Sitzung und Zuhörer
- § 12 Einwohnerfragestunde; Anhörung von Betroffenen und Sachverständigen
- § 13 Sitzungsablauf
- § 14 Anträge zur Geschäftsordnung
- § 15 Behandlung der Tagesordnungspunkte, Unterbrechung und Vertagung
- § 16 Redeordnung
- § 17 Sitzungsleitung
- § 18 Abgabe von Erklärungen
- § 19 Abstimmungen
- § 20 Wahlen
- § 21 Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung
- § 22 Niederschrift
- § 23 Bild- und Tonaufzeichnungen

Vierter Abschnitt: Freiwillige Ausschüsse

- § 24 Benennung der ständigen Ausschüsse
- § 25 Verfahren in den Ausschüssen

Fünfter Abschnitt: Hauptausschuss

- § 26 Zusammensetzung und Wahl
- § 27 Zuständigkeit und Verfahren

Sechster Abschnitt: Schlussbestimmungen

§ 28 Unterrichtung der Öffentlichkeit

§ 29 Inkrafttreten und Änderung der Geschäftsordnung

Die in dieser Geschäftsordnung verwendeten personen- oder funktionsbezogenen Bezeichnungen gelten für Frauen und Männer.

I. Gemeindevertreter und Fraktionen

§ 1 Rechte und Pflichten der Gemeindevertreter

(1) Die Mitglieder der Gemeindevertretung haben die ihnen aus der Mitgliedschaft in der Gemeindevertretung erwachsenen Pflichten gemäß § 31 BbgKVerf zu erfüllen. Sie haben die Interessen der Gemeinde Birkenwerder zu vertreten. Sie unterfallen der Verschwiegenheitspflicht, dem Mitwirkungs- und Vertretungsverbot sowie der Haftung und Ahndung von Pflichtverletzungen.

(2) Die Gemeindevertreter haben insbesondere an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse, denen sie angehören, teilzunehmen. Im Falle ihrer Verhinderung haben sie vor der Sitzung den Vorsitzenden zu benachrichtigen. Bei Sitzungen der Ausschüsse ist zugleich ein Stellvertreter zu benachrichtigen.

§ 2 Arbeitsunterlagen

Jeder Gemeindevertreter erhält ein Exemplar

- der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
- der Hauptsatzung der Gemeinde Birkenwerder
- der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung Birkenwerder

§ 3 Fraktionen

(1) Die Gemeindevertreter können sich zu Fraktionen zusammenschließen. Eine Fraktion muss gemäß § 32 Abs. 1 BbgKVerf mindestens aus 2 Mitgliedern bestehen. Jeder Gemeindevertreter kann nur einer Fraktion angehören. Fraktionen wirken gemäß § 32 Abs. 2 Satz 1 BbgKVerf an der Willensbildung und Entscheidungsfindung in der Gemeindevertretung mit.

(2) Die Fraktionen haben dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung von ihrer Bildung unverzüglich schriftlich Kenntnis zu geben. Die Mitteilung hat die genaue Bezeichnung der Fraktion, die Namen des Fraktionsvorsitzenden, seiner Stellvertreter sowie aller der Fraktion angehörenden Gemeindevertreter zu enthalten. Die einer Fraktion zustehenden Rechte kann sie nach Zugang der Mitteilung nach Satz 2 wahrnehmen. Veränderungen sind dem Vorsitzenden stets unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

II. Vorsitz der Gemeindevertretung

§ 4 Wahl des Vorsitzenden und der Stellvertreter

(1) Die Gemeindevertretung wählt aus ihrer Mitte auf Vorschlag eines Gemeindevertreters oder einer Fraktion den Vorsitzenden und 2 Stellvertreter des Vorsitzenden.

(2) Scheidet der Vorsitzende oder ein Stellvertreter aus, so wird in der nächsten Sitzung anstelle des Ausgeschiedenen auf Vorschlag eines Gemeindevertreters oder einer Fraktion ein Nachfolger gewählt. Im übrigen gelten die Regelungen des § 33 BbgKVerf.

§ 5 Aufgaben des Vorsitzenden

(1) Der Vorsitzende führt den Vorsitz in der Gemeindevertretung. Während Sitzungen der Gemeindevertretung übt er das Hausrecht aus.

(2) Der Vorsitzende eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen. Er wahrt die Würde und die Rechte der Gemeindevertretung und fördert ihre Arbeit. Er leitet die Sitzungen sachlich, gerecht und unparteiisch und sorgt für die Ordnung im Sitzungssaal.

(3) Der Vorsitzende prüft die für die Gemeindevertretersitzung bestimmten Vorlagen auf ihre Vollständigkeit und fristgerechte Einreichung.

§ 6 Stellvertreter des Vorsitzenden

Die Stellvertreter unterstützen den Vorsitzenden in seiner Amtsführung. Bei Abwesenheit oder Verhinderung des Vorsitzenden tritt der 1. Stellvertreter, bei dessen Verhinderung der 2. Stellvertreter mit allen Rechten und Pflichten an seine Stelle.

III. Sitzungen der Gemeindevertretung

§ 7 Konstituierende Sitzung

(1) Der an Lebensjahren älteste, nicht verhinderte Gemeindevertreter (Altersvorsitzender) eröffnet die erste Sitzung der Gemeindevertretung. Der Altersvorsitzende leitet die Wahl des Vorsitzenden der Gemeindevertretung.

(2) Die Tätigkeit des Altersvorsitzenden endet nach der Wahl des Vorsitzenden der Gemeindevertretung.

§ 8 Einberufung der Gemeindevertretung

(1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung beruft die Sitzungen der Gemeindevertretung ein. Die Ladungsfrist zu den Sitzungen der Gemeindevertretung beträgt mindestens 7 volle Tage vor dem Sitzungstag (regelmäßige Ladungsfrist). In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf 2 volle Werktage verkürzt werden (vereinfachte Einberufung). Die Dringlichkeit ist in der Einladung zu begründen.

(2) Der Ladung sind neben der Tagesordnung etwaige Vorlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten beizufügen; Vorlagen können in Ausnahmefällen auch nachgereicht werden.

(3) Die Gemeindevertretung kann formlos unter Verzicht auf die Einhaltung der Ladungsfrist unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes und der Begründung der Eilbedürftigkeit einberufen werden, wenn sonst zur Abwehr einer Gefahr oder eines erheblichen Nachteils eine Eilentscheidung im Sinne des § 58 BbgKVerf getroffen werden müsste.

§ 9 Tagesordnung der Gemeindevertretung

(1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung setzt gemäß § 35 Abs. 1 Satz 1 BbgKVerf die Tagesordnung der Gemeindevertretung im Benehmen mit dem Hauptverwaltungsbeamten fest.

(2) In die Tagesordnung sind gemäß § 35 Abs. 1 Satz 2 BbgKVerf die Beratungsgegenstände aufzunehmen, die bis zum Ablauf des 9. Tages vor dem Tag der Sitzung

- a) von mindestens einem Zehntel der gesetzlichen Anzahl der Gemeindevertreter oder
- b) einer Fraktion oder
- c) von dem Hauptverwaltungsbeamten

dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung benannt wurden. Die Benennung hat in der Regel schriftlich zu erfolgen. Alle Anträge sind zu begründen.

(3) Soweit es sich nicht um eine dringende Angelegenheit handelt, deren Behandlung nicht bis zur darauf folgenden Sitzung aufgeschoben werden kann, sind die Vorschläge bei Nichteinhaltung der Frist in die Tagesordnung der darauf folgenden Sitzung aufzunehmen.

(4) Die Tagesordnung gilt, wenn kein Widerspruch erfolgt, mit dem Aufruf des Punktes 1 als festgestellt. Die Tagesordnung kann gemäß § 10 Abs. II in der Sitzung durch Beschluss erweitert werden, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, die keinen Aufschub duldet (Dringlichkeitsantrag). Diese Erweiterungen sind schriftlich zu beantragen.

(5) Die gemeinsame Beratung gleichartiger oder verwandter Gegenstände kann jederzeit beschlossen werden.

(6) Der Hauptverwaltungsbeamte oder sein Vertreter kann vor Eintritt in die Tagesordnung oder zu Beginn der Beratung eines einzelnen Tagesordnungspunktes unabhängig von den Gegenständen der Beratung das Wort ergreifen. Die Gemeindevertretung kann eine Aussprache über die Erklärung beschließen. Anträge zur Sache dürfen in diesem Zusammenhang nicht gestellt werden.

§ 10 Anträge zur Erweiterung der Tagesordnung und Änderungsanträge

(1) Dringlichkeitsanträge können durch den Hauptverwaltungsbeamten, die Fraktionen und durch Gemeindevertreter gestellt werden.

(2) Die Gemeindevertretung beschließt zu Beginn der Sitzung über die Aufnahme von Anträgen nach Absatz 1 in die Tagesordnung.

(3) Änderungsanträge können jederzeit bis zum Schluss der Beratung gestellt werden. Sie bedürfen keiner Unterstützung. Sie sind zu verlesen sowie in der Regel in Schriftform und mit Unterschrift dem Vorsitzenden zu übergeben.

(4) Änderungsanträge müssen mit dem Beratungsgegenstand in Verbindung stehen. Ihre Begründung kann nur in der Reihenfolge der Redner stattfinden. Bei Zweifeln über die Zulässigkeit der Änderungsanträge entscheidet die Gemeindevertretung.

§ 11 Öffentlichkeit der Sitzung und Zuhörer

(1) Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind öffentlich. Zeit, Ort und die Tagesordnung werden vor der Sitzung gemäß der in der Hauptsatzung bestimmten Weise öffentlich bekannt gemacht.

(2) Die Öffentlichkeit ist auszuschließen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern, § 36 Abs. 2 S. 2 BbgKVerf. Die Voraussetzungen des Satzes 2 liegen in der Regel vor bei:

- a) Personal- und Disziplinarangelegenheiten,
- b) Grundstücksangelegenheiten und Vergaben,
- c) Abgaben- und Wirtschaftsangelegenheiten Einzelner,
- d) Vertragsangelegenheiten mit Dritten,
- e) Erstmaliger Beratung über Zuschüsse,
- f) Angelegenheiten der Rechnungsprüfung, soweit es sich nicht um allgemeine Grundsätze handelt,
- g) Rechtsstreitigkeiten.

(3) Darüber hinaus kann im Einzelfall in anderen Angelegenheiten ein Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit gemäß § 36 Abs. 2 S. 3 BbgKVerf gestellt werden.

(4) Über den Verlauf der nicht öffentlichen Sitzung ist Vertraulichkeit zu wahren, wenn nicht anders beschlossen wird. Die Vertraulichkeit gilt insoweit auch für die Niederschriften.

(5) An den öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung können Zuhörer nach Maßgabe der vorhandenen Plätze teilnehmen.

(6) Das Rederecht für Zuhörer beschränkt sich auf die Einwohnerfragestunde. Sie sind nicht berechtigt, ohne Erteilung des Rederechtes das Wort zu ergreifen oder sich an den Beratungen zu beteiligen. Sie dürfen auch die Beratung nicht stören und keine Zeichen des Beifalls oder Missfallens geben. Zuhörer, welche die Ordnung stören, können vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung aus dem Sitzungssaal gewiesen werden.

(7) Auf Antrag des Hauptverwaltungsbeamten, einer Fraktion oder des Vorsitzenden der Gemeindevertretung kann in Ausnahmefällen das Rederecht für die Zuhörer ermöglicht werden. Dies bedarf einer Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung.

§ 12 Einwohnerfragestunde; Anhörung von Betroffenen und Sachverständigen

(1) Die nach § 4 der Hauptsatzung der Gemeinde Birkenwerder vom 29. Januar 2009 durchzuführende Einwohnerfragestunde findet zu Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung der Gemeindevertretung statt. Dies gilt nicht für Sitzungen, in denen nur nichtöffentlich zu behandelnde Gegenstände vorgesehen sind.

(2) Beschließt die Gemeindevertretung, zu einzelnen Tagesordnungspunkten zum Gegenstand der Beratung Betroffene oder Sachverständige zu hören, ist die Anhörung zu beenden, bevor Beratung und Abstimmung über den Gegenstand beginnen.

§ 13 Sitzungsablauf

(1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung eröffnet, leitet die Verhandlung und schließt die Sitzungen der Gemeindevertretung. In den Sitzungen handhabt er nach § 37 BbgKVerf die Ordnung und übt das Hausrecht aus. Im Falle seiner Verhinderung treten seine Stellvertreter in der Reihenfolge ihrer Benennung als erster oder zweiter Stellvertreter an seine Stelle.

(2) Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind in der Regel in folgender Reihenfolge durchzuführen:

- a) Eröffnung der Sitzung,
- b) Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung,
- c) Feststellung der Tagesordnung,
- d) Einwohnerfragestunde,
- e) Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung,
- f) ggf. Behandlung der Anfragen von Mitgliedern der Gemeindevertretung,

- g) Entscheidung gemäß § 42 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung,
- h) Behandlung der Tagesordnungspunkte des nichtöffentlichen Teils der Sitzung,
- i) ggf. Behandlung der Anfragen von Mitgliedern der Gemeindevertretung,
- j) Schließung der Sitzung.

§ 14 Anträge zur Geschäftsordnung

(1) Anträge zur Geschäftsordnung umfassen:

- a) Unterbrechung oder Vertagung der Sitzung,
- b) Einhaltung oder Veränderung der Tagesordnung,
- c) Verlagerung eines Tagesordnungspunktes,
- d) Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt,
- e) Verweisung des Tagesordnungspunktes in einen Ausschuss zur Beratung,
- f) Vertagung eines Beratungsgegenstandes,
- g) Vertagung zum Zwecke der Anhörung von Sachverständigen oder auf Einholung von Gutachten,
- h) Schluss der Rednerliste,
- i) Schluss der Debatte und / oder Abstimmung,
- j) Ausschluss oder Wiederherstellung der Öffentlichkeit,

(2) Der Antrag auf Schluss der Rednerliste oder der Debatte kann erst gestellt werden, nachdem alle Fraktionen sich zum Beratungsgegenstand äußern konnten.

(3) Wird ein Geschäftsordnungsantrag gestellt, darf neben dem Antragsteller nur noch ein Abgeordneter jeder Fraktion für oder gegen den Geschäftsordnungsantrag sprechen. Die Redezeit beträgt höchstens 3 Minuten.

(4) Treten während der Sitzung der Gemeindevertretung Unstimmigkeiten über die Auslegung der Geschäftsordnung auf, entscheidet die Gemeindevertretung mit einfacher Mehrheit.

§ 15 Behandlung der Tagesordnungspunkte, Unterbrechung und Vertagung

(1) Die Gemeindevertretung kann die Tagesordnungspunkte

- a) durch die Entscheidung in der Sache abschließen,
- b) verweisen,
- c) ihre Beratung vertagen oder
- d) durch Rücknahme bzw. Erklärung der Erledigung abschließen.

(2) Der Antrag auf Entscheidung in der Sache geht bei der Abstimmung dem Verweisungsantrag, dieser dem Vertagungsantrag vor.

(3) Der Vorsitzende kann die Sitzung der Gemeindevertretung unterbrechen. Auf Antrag von einem Drittel ihrer anwesenden Mitglieder oder einer Fraktion muss er die Sitzung unterbrechen. Bei einer weiteren Unterbrechung ist für den Antrag die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung erforderlich. Die Unterbrechung soll nicht länger als 15 Minuten dauern.

(4) Nach 22:30 Uhr werden keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen. Der in der Beratung befindliche Tagesordnungspunkt wird abschließend behandelt. Die Gemeindevertretung kann gemäß § 34 Abs. 5 der BbgKVerf mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder die Unterbrechung der Sitzung und deren Fortsetzung zur Behandlung der noch offenen Tagesordnungspunkte an einem anderen Termin beschließen

(Fortsetzungssitzung). Der Beschluss muss Zeit und Ort der Fortsetzungssitzung bestimmen. Für die Fortsetzungssitzung erfolgt keine erneute Ladung. Soll keine Fortsetzungssitzung beschlossen werden, sind die noch nicht aufgerufenen Tagesordnungspunkte in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung an vorderer Stelle auf die Tagesordnung zu setzen.

§ 16 Redeordnung

(1) Reden darf nur, wer vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung das Wort erhalten hat. Wortmeldungen erfolgen durch Handaufheben.

(2) Der Vorsitzende erteilt das Wort nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, soweit nicht mit Zustimmung des Redeberechtigten hiervon abgewichen wird. Will der Vorsitzende sich als Redner an der Beratung beteiligen, muss er den Vorsitz der Versammlungsleitung abgeben, wenn er zur Sache sprechen möchte.

(3) Das Wort zur Geschäftsordnung ist jederzeit zu erteilen und darf sich nur auf den in der Beratung befindlichen Tagesordnungspunkt beziehen. Es darf dadurch kein Redner unterbrochen werden. Nach Eröffnung der Abstimmung darf weder zur Sache noch zur Geschäftsordnung gesprochen werden.

(4) Ein Redner darf nach Erteilung des Wortes nicht unterbrochen werden, es sei denn durch den Vorsitzenden der Gemeindevertretung zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Der Vorsitzende soll weitschweifende Ausführungen verhindern.

(5) Dem Hauptverwaltungsbeamten ist auch außerhalb der Reihe der Wortmeldungen jederzeit das Wort zu erteilen. Dies gilt auch für die Amtsleiter, deren Ressort berührt wird. Die Worterteilung im Sinne der Sätze 1 und 2 ist jedoch erst möglich, nachdem der Antragsteller oder Anfragende seinen Antrag oder seine Anfrage begründet hat.

(6) Redebeiträge sollten in freier Rede vorgetragen werden. Die Redezeit beträgt für Stellungnahmen der Fraktionen in der Regel höchstens 8 Minuten, im übrigen 4 Minuten.

(7) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann zu einzelnen Punkten eine Redezeitbegrenzung festlegen. Ein Redner erhält in der Regel nicht öfter als zweimal das Wort zu einem Punkt der Tagesordnung. Lediglich der Antragsteller darf auf direkte Fragen öfter und zusammenfassend antworten.

(8) Zu einem durch Abstimmung erledigten Gegenstand darf in derselben Sitzung nicht mehr das Wort erteilt werden.

§ 17 Sitzungsleitung

(1) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung kann Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abweichen, zur Sache rufen.

(2) Ist ein Gemeindevertreter in einer Sitzung dreimal zur Sache gerufen worden, so hat ihm der Vorsitzende das Wort zu entziehen und darf es ihm in derselben Aussprache zum selben Gegenstand nicht wieder erteilen.

(3) Der Vorsitzende kann ein Mitglied der Gemeindevertretung zur Ordnung rufen, dessen Verhalten den ordnungsgemäßen Ablauf der Sitzung stört.

(4) Ist ein Gemeindevertreter in einer Sitzung der Gemeindevertretung dreimal zur Ordnung gerufen worden oder im Falle eines groben Verstoßes, kann ihm der Vorsitzende für die Dauer der Sitzung das Wort entziehen oder ihn des Raumes verweisen.

§ 18 Abgabe von Erklärungen

(1) Zu einer sachlichen oder persönlichen Erklärung zu Angelegenheiten der Gemeinde, die nicht im Zusammenhang mit der Beratung der laufenden Sitzung stehen, kann der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort erteilen. Die Erklärung ist ihm rechtzeitig vor Sitzungsbeginn schriftlich vorzulegen.

(2) Persönliche Bemerkungen sind nach Beendigung des entsprechenden Tagesordnungspunktes insoweit gestattet, als der Redner persönliche Angriffe, die in der Aussprache gegen ihn erhoben worden sind, zurückweisen oder eigene Ausführungen richtig stellen kann.

§ 19 Abstimmungen

(1) Abgestimmt wird offen und durch Handzeichen. Bei der Abstimmung sind die Fragen so zu stellen, dass sie mit JA oder NEIN beantwortet werden können. Auf Verlangen eines Mitgliedes der Gemeindevertretung ist vor jeder Abstimmung der Antrag zu verlesen. Bei der Abstimmung stellt der Vorsitzende der Gemeindevertretung die Anzahl der Mitglieder fest, die

- a) dem Antrag zustimmen,
- b) den Antrag ablehnen oder
- c) sich der Stimme enthalten.

Das Ergebnis kann ohne Auszählung festgestellt werden, sofern kein Zweifel über den Willen der Mehrheit besteht. Wird das Abstimmungsergebnis sofort nach der Abstimmung angezweifelt, so muss die Abstimmung vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes wiederholt werden.

(2) Auf Verlangen von mindestens 2 Mitgliedern der Gemeindevertretung oder einer Fraktion ist namentlich abzustimmen.

(3) Jeder Abgeordnete kann verlangen, dass seine von der Beschlussfassung der Gemeindevertretung abweichende Abstimmung oder seine Stimmenthaltung in der Niederschrift besonders vermerkt wird.

(4) Liegen zu dem Tagesordnungspunkt Änderungs- und Ergänzungsanträge vor, wird über den weitest gehenden zuerst abgestimmt. Bei Änderungs- und Ergänzungsanträgen mit finanziellen Auswirkungen hat der den Vorrang, der Mehrausgaben oder Mindereinnahmen bewirkt. Haben mehrere Anträge finanzielle Auswirkungen zur Folge, muss zunächst über den Antrag mit der höchsten Summe abgestimmt werden. In Zweifelsfällen entscheidet der Vorsitzende der Gemeindevertretung.

(5) Anträge zur Geschäftsordnung haben jederzeit den Vorrang und müssen vor Sachanträgen behandelt werden.

(6) Über Anträge aller Art, über die bereits abschließend abgestimmt worden ist, darf in derselben Sitzung nicht erneut debattiert und abgestimmt werden. Darauf hinauslaufende Anträge sind ohne Debatte von dem Vorsitzenden zurückzuweisen.

§ 20 Wahlen

(1) Wahlen sind nur in den gesetzlich geregelten Fällen durchzuführen. Gewählt wird geheim, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Abweichungen können vor der jeweiligen Wahl einstimmig beschlossen werden.

(2) Zur Durchführung Vorbereitung und Durchführung von Wahlen ist aus der Mitte der Gemeindevertretung ein aus 2 Personen bestehender Wahlausschuss zu bilden.

(3) Bei der Durchführung von Wahlen sind äußerlich gleiche Stimmzettel zu verwenden. Die Stimmabgabe hat im Sitzungssaal in einer Wahlkabine oder räumlich so abgegrenzt zu erfolgen, dass das Wahlgeheimnis gewahrt ist. Für die Stimmabgabe soll ein einheitliches Schreibgerät verwendet werden. Werden keine Umschläge verwendet ist der Stimmzettel nach der Kennzeichnung zu falten.

(4) Der Vorsitzende gibt das vom Wahlausschuss festgestellte Ergebnis der Wahl bekannt.

§ 21 Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung

(1) Jeder Gemeindevertreter ist berechtigt, zu einer regulären Sitzung der Gemeindevertretung mündliche Anfragen über Angelegenheiten der Gemeinde an den Hauptverwaltungsbeamten zu richten. Die Anfragen dürfen nur eine konkrete Frage enthalten und sind kurz und sachlich abzufassen.

(2) Anfragen sind in der Regel 3 Arbeitstage vor der Sitzung schriftlich beim Hauptverwaltungsbeamten einzureichen.

(3) Die mündliche Beantwortung der Anfragen erfolgt in der Reihenfolge ihres Einganges. Im Anschluss an die Beantwortung können bis zu fünf Nachfragen gestellt werden, von denen mindestens zwei dem Fragesteller zustehen. Pro Meldung darf nur eine Nachfrage gestellt werden. Nachfragen sind nur solche Fragen, die den Sachverhalt der Anfrage betreffen und sich aus den Antworten ergeben. Eine Aussprache zu diesen Anfragen findet nicht statt.

(4) Anfragen, die nicht erledigt werden können, werden schriftlich binnen einer Woche oder auf Verlangen des Anfragenden in der nächsten Sitzung vorrangig beantwortet.

(5) Anfragen, die nicht Angelegenheiten der Gemeinde betreffen, die unsachliche Feststellungen oder Wertungen enthalten, weist der Vorsitzende der Gemeindevertretung zurück.

§ 22 Niederschrift

(1) Über jede Sitzung ist eine Niederschrift zu fertigen. Der Hauptverwaltungsbeamte ist für die Niederschrift verantwortlich. Mit der Niederschrift können Beschäftigte der Verwaltung betraut werden. Die Niederschrift der Sitzungen ist vom Vorsitzenden zu unterzeichnen.

(2) Die Sitzungsniederschrift muss enthalten:

- a) die Zeit (Tag, Beginn, Ende) und den Ort der Sitzung,
- b) die Namen der anwesenden, sowie der entschuldigt und ohne Entschuldigung abwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung,
- c) die Namen der teilnehmenden Verwaltungsvertreter und anderer zugelassener Personen
- d) die Tagesordnung,
- e) den Wortlaut der Anträge und Beschlüsse,
- f) die Ergebnisse der Wahlen und Abstimmungen,
- g) den Ausschluss und die Wiederherstellung der Öffentlichkeit,
- h) das Abstimmungsverhalten jedes Mitgliedes der Gemeindevertretung, das dies verlangt,
- i) bei namentlicher Abstimmung das Abstimmungsverhalten der Mitglieder der Gemeindevertretung

- j) die Namen der wegen Befangenheit an Beratung oder Entscheidung zu einzelnen Tagesordnungspunkten nicht mitwirkenden Mitglieder der Gemeindevertretung.

(3) Angelegenheiten, die in nichtöffentlicher Sitzung behandelt wurden, sind gesondert zu protokollieren.

(4) Die Sitzungsniederschrift ist spätestens mit der Ladung zur nächsten Sitzung den Mitgliedern der Gemeindevertretung zuzuleiten.

§ 23 Bild- und Tonaufzeichnungen

(1) Bild- und Tonübertragungen sowie Bild- und Tonaufzeichnungen der öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung durch Presse, Rundfunk und ähnliche Medien sind grundsätzlich zulässig.

(2) Absatz 1 gilt für von der Gemeindevertretung selbst veranlasste Bild- und Tonübertragungen sowie Bild- und Tonaufzeichnungen entsprechend.

(3) Zur Erleichterung der Fertigung der Sitzungsniederschrift sind Tonaufzeichnungen der vollständigen Sitzung zulässig. Sie sind gemäß § 42 Abs. 2 Satz 4 BbgKVerf nach der darauf folgenden Sitzung zu löschen.

IV. Freiwillige Ausschüsse

§ 24 Benennung der ständigen Ausschüsse

(1) Die Gemeindevertretung bildet aus ihrer Mitte zur Vorbereitung ihrer Aufgaben neben dem Hauptausschuss folgende ständige freiwillige Ausschüsse:

- a) Ausschuss für Ortsentwicklung,
- b) Ausschuss für Soziales, Ordnung und Sicherheit,
- c) Finanzausschuss.

Die Ausschüsse können der Gemeindevertretung Empfehlungen geben.

(2) Die Stärke und die Kompetenzen der ständigen freiwilligen Ausschüsse wird durch die Zuständigkeitsordnung der Gemeinde Birkenwerder vom 29. Januar 2009 geregelt.

§ 25 Verfahren in den Ausschüssen

(1) Der Vorsitzende des jeweiligen Ausschusses oder bei seiner Verhinderung sein Stellvertreter beruft im Benehmen mit dem Hauptverwaltungsbeamten unter Angabe der Tagesordnung die Ausschüsse ein.

(2) Sind der Vorsitzende eines Ausschusses und sein Stellvertreter gleichzeitig verhindert, übernimmt das älteste stimmberechtigte Mitglied des Ausschusses den Vorsitz.

(3) Ausschüsse sind beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.

(4) Über die Sitzung der Ausschüsse ist eine Niederschrift im Sinne des § 22 zu fertigen, die der Vorsitzende des Ausschusses unterzeichnet.

(5) Empfehlungen und Stellungnahmen der Ausschüsse zu Beschlussvorlagen sind dem Vorsitzenden der Gemeindevertreterversammlung durch den Ausschussvorsitzenden zur Vorlage in der Gemeindevertretung schriftlich zu übergeben.

(6) Die Öffentlichkeit soll über Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Ausschüsse durch Aushang in den in § 16 Abs. 5 der Hauptsatzung der Gemeinde Birkenwerder vom 29. Januar 2009 aufgeführten Bekanntmachungskästen unterrichtet werden.

(7) Im Übrigen gelten für die Ausschusssitzungen die Bestimmungen des Abschnitts III dieser Geschäftsordnung entsprechend.

V. Hauptausschuss

§ 26 Zusammensetzung und Wahl

(1) Der Hauptausschuss besteht aus 8 Gemeindevertretern und dem Bürgermeister.

(2) Die Wahl des Vorsitzenden des Hauptausschusses vollzieht sich nach § 49 Abs. 2 Satz 3 BbgKVerf. Der stellvertretende Vorsitzende des Hauptausschusses wird aus der Mitte seiner Mitglieder gewählt.

§ 27 Zuständigkeit und Verfahren

(1) Der Hauptausschuss beschließt über diejenigen Angelegenheiten der Gemeinde, die nicht der Beschlussfassung der Gemeindevertretung bedürfen und die nicht dem Hauptverwaltungsbeamten obliegen. Er koordiniert die Arbeiten der anderen Ausschüsse und kann zu jeder Stellungnahme eines anderen Ausschusses eine eigene Stellungnahme abgeben.

(2) Der Vorsitzende des Ausschusses oder bei seiner Verhinderung sein Stellvertreter beruft, sofern nicht der Hauptverwaltungsbeamte selbst Vorsitzender des Hauptausschusses ist, im Benehmen mit dem Hauptverwaltungsbeamten unter Angabe der Tagesordnung den Hauptausschuss ein.

(3) Sind der Vorsitzende eines Ausschusses und sein Stellvertreter gleichzeitig verhindert, übernimmt das älteste stimmberechtigte Mitglied des Ausschusses den Vorsitz.

(4) Der Hauptausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.

(5) Über die Sitzung der Ausschüsse ist eine Niederschrift im Sinne des § 22 zu fertigen, die der Vorsitzende des Ausschusses unterzeichnet.

(6) Ist der Hauptausschuss nicht bereits das beschlussfassende Organ der Gemeindevertretung sind Empfehlungen und Stellungnahmen des Ausschusses zu Beschlussvorlagen dem Vorsitzenden der Gemeindevertreterversammlung durch den Ausschussvorsitzenden zur Vorlage in der Gemeindevertretung schriftlich zu übergeben.

(7) Die Öffentlichkeit soll über Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen des Hauptausschusses durch Aushang in den in § 16 Abs. 5 der Hauptsatzung der Gemeinde Birkenwerder vom 29. Januar 2009 aufgeführten Bekanntmachungskästen unterrichtet werden.

(8) Im Übrigen gelten für die Ausschusssitzungen die Bestimmungen des Abschnitts III dieser Geschäftsordnung entsprechend.

VI. Schlussbestimmungen

§ 28 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Beschlüsse der Gemeindevertreterversammlung oder deren wesentliche Inhalte werden gemäß der in der Hauptsatzung bestimmten Weise veröffentlicht, soweit nicht im Einzelfall aus Gründen des öffentlichen Wohls oder zur Wahrung von Rechten Dritter etwas anderes beschlossen wird.

§ 29 Inkrafttreten und Änderung der Geschäftsordnung

(1) Änderungen dieser Geschäftsordnung bedürfen eines Beschlusses der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung.

(2) Diese Geschäftsordnung tritt am Tage nach der Beschlussfassung der Gemeindevertretung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung der Gemeindevertretung der Gemeinde Birkenwerder vom 10. November 1998 außer Kraft.

Birkenwerder, 29. Januar 2009

Heiko Friese
Vorsitzender Gemeindevertretung

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Geschäftsordnung der Gemeinde Birkenwerder wird im Amtsblatt der Gemeinde Birkenwerder in der Ausgabe vom _____ durch den Bürgermeister öffentlich bekannt gemacht.

Birkenwerder, 30. Januar 2009

Vetter
Bürgermeister